



# EU-Monitoring N° 11

---

November / Dezember 2020

Stand: 17.12.2020

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Europäische Union</b>	<b>1</b>
1.1	Institutionen	1
1.1.1	Europäische Kommission	1
1.1.2	Europäischer Rat	1
1.1.3	Rat der EU	2
1.1.4	Europäisches Parlament	5
1.2	Instrumente	6
1.2.1	Kindergarantie	6
1.2.2	Europäisches Semester	6
<b>2</b>	<b>Europarat</b>	<b>7</b>
2.1	Deutscher Vorsitz im Ministerkomitee	7
<b>3</b>	<b>Aktuelle Themen</b>	<b>7</b>
3.1	Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen	7
3.2	Kinder & Jugend	7
3.3	Ältere Menschen & Pflege	9
3.4	Gleichstellung	10
3.5	Gewalt gegen Frauen	10
3.6	LGBTI	11
3.7	Familie & Vereinbarkeit	11
3.8	UN Agenda 2030 / SDGs	11

# 1 Europäische Union

## 1.1 Institutionen

### 1.1.1 Europäische Kommission

- Die Kommission hat am 12. November die erste [LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020-2025](#) (de; [Factsheet](#), [Pressemitteilung](#)) verabschiedet. Die Strategie basiert auf vier Hauptsäulen:

1. Die Bekämpfung der Diskriminierung von LSBTIQ Personen,
2. Die Gewährleistung der Sicherheit von LSBTIQ Personen,
3. Eintreten für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung,
4. Eintreten für weltweite Stärkung für LSBTQ Gleichheit/Rechte.

Zu den einzelnen Säulen werden jeweils konkrete Ziele und Handlungsvorschläge benannt, die bis 2025 zu erreichen sind, unter anderem:

- Überarbeitung der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf
  - Förderung von Forschung im Bereich LSBTIQ-Gesundheit
  - Ergänzung des rechtlichen Rahmens in Bezug auf Schutz vor *hate crime* und *hate speech*, explizite Nennung LSBTIQ-Personen (Ergänzung von Art. 82 AEUV)
  - Verbesserung der Rechte von LSBTIQ-Personen und die Anerkennung von Regenbogenfamilien innerhalb der EU, Förderung des Rechts der Freizügigkeit
- Anlässlich des Jahrestages der Ernennung von Kommissionspräsidentin von der Leyen und ihres Kollegiums am 1. Dezember hat die Europäische Kommission einen [Bericht](#) (de) über die bisherigen Erfolge veröffentlicht.

### 1.1.2 Europäischer Rat

Der Europäische Rat tagte am 10. und 11. Dezember. Einigungen wurden bei Annahme des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 und dem Aufbaupaket sowie bei der Billigung des verbindlichen EU-Emissionsreduktionsziels von 55 Prozent der Treibhausgasemissionen bis 2030 erzielt: [Ratsschlussfolgerungen](#) (de), [wichtigste Ergebnisse](#) (de).

### 1.1.3 Rat der EU

#### 1.1.3.1 Deutsche Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31. Dezember 2020)

- Die gemeinsame **digitale Veranstaltungsreihe „EU2020@BMFSFJ“** vom BMFSFJ und der Beobachtungsstelle wurde im November und Dezember mit den Themen „Gleichstellung im Erwerbsleben und Gewalt gegen Frauen“ und „(Regenbogen)Familien in Europa stärken“ fortgesetzt: [Präsentationen](#) (de) der vergangenen Briefings. Auf der [Veranstaltungsw Webseite](#) wird über kommende Termine informiert.
- Am 18. und 19. November hat das BMFSFJ gemeinsam mit der Beobachtungsstelle im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft und anlässlich des Beginns des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats eine internationale Fachkonferenz zum Thema **"Intersektionalität und LSBTI-Politik in Europa – Lebensrealitäten von lesbischen\* Frauen und Anerkennung von Regenbogenfamilien"** durchgeführt ([Pressemitteilung](#) des BMFSFJ). Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichstellung, nutzte die Konferenz als Plattform, um die neue EU [LGBTIQ Gleichstellungsstrategie](#) vorzustellen. Die neue Strategie diskutierte sie anschließend gemeinsam mit Bundesgleichstellungsministerin Franziska Giffey und der Generalsekretärin des Europarats Marija Pejčinović Burić im Rahmen eines [High Level Panels](#) (Facebook-Livestream des BMFSFJ mit deutscher Übersetzung).
- Am 19. November fand die Veranstaltung **Frauen im Fokus: Das Coronavirus und die Gleichstellung der Geschlechter in Europa** (de) des BMFSFJ und dem Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) statt. Beide Panels sind online abrufbar: [Gender equality in Europe: what are our priorities and where are we heading?](#) (en); [Lessons learned from the pandemic: working together to power up gender equality in Europe](#) (en).
- Am 24. November hat das BMFSFJ gemeinsam mit der Beobachtungsstelle eine Online-Konferenz zum Thema **„COVID-19 überwinden – gemeinsam Perspektiven für starke Familien entwickeln“** durchgeführt. Gemeinsam, unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten sowie mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, wurden aktuelle Herausforderungen während der COVID-19-Pandemie sowie mögliche Lösungsansätze diskutiert. In vier Fachpanels wurden die finanzielle Stabilität von Familien, gleiche Bildungschancen für alle Kinder, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Bekämpfung von Gewalt in Familien erörtert (Veranstaltungsbooklet, [de/en](#)). Eine Dokumentation wird Anfang 2021 veröffentlicht.
- **Lesetipp** zum Abschluss der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: [Fotogalerie und Rückblick](#) (de/en) auf alle zwölf Ratspräsidentschaften Deutschlands von 1958 bis 2007.

### 1.1.3.2 Portugiesische Ratspräsidentschaft (1. Januar bis 30. Juni 2021)

- Portugal hat ab 1. Januar bis 30. Juni 2021 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union unter dem Motto „**Time to deliver: a fair, green, digital recovery**“ inne. Die Webseite der portugiesischen Ratspräsidentschaft mit den programmatischen Schwerpunkten, bevorstehenden Veranstaltungen und weiteren Informationen ist [hier](#) aufrufbar.
- Das Achtzehnmonatsprogramm des Rates für die deutschen, portugiesischen und slowenischen Präsidentschaften ist [hier](#) verfügbar.
- Für den 14. Januar 2021 ist eine offizielle Eröffnungszeremonie der portugiesischen Präsidentschaft geplant.

### 1.1.3.3 Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

- Am 20. November fand ein informelles Treffen der EU-Gleichstellungsministerinnen und -minister unter der Leitung von Franziska Giffey per Videokonferenz statt. Hauptthema des Treffens waren **Hilfsangebote zum Schutz von Frauen vor Gewalt in der EU** und insbesondere die Einrichtung eines europaweiten Hilfetelefon: [Berichterstattung](#) (de) der Ratspräsidentschaft.
- Am 23. November hat der Rat der EU [Ratsschlussfolgerungen](#) (de) zum Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes 20/2020 **„Bekämpfung der Kinderarmut – Unterstützung durch die Kommission“** verabschiedet. Der Rat fordert die Kommission insbesondere auf, die Empfehlungen zur Bekämpfung der Kinderarmut in alle zukünftigen Initiativen, u. a. im Rahmen des Europäischen Semesters, aufzunehmen.
- Der Rat der EU hat am 2. Dezember [Ratsschlussfolgerungen](#) (en, [Pressemitteilung](#) de) verabschiedet, die Handlungsempfehlungen an die Mitgliedstaaten der EU, an die Europäische Kommission sowie an die Sozialpartner richten, **bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern gerechter** zu verteilen. Das Vorhaben ist ein Schwerpunktthema des BMFSFJ während der deutschen Ratspräsidentschaft.

Die Schlussfolgerungen basieren auf einem Bericht des **Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen** (EIGE). EIGE hatte im Auftrag des deutschen Ratsvorsitzes die Studie [Gender inequalities in unpaid care work and on the labour market in the EU](#) (en, [Factsheet](#) de/en) erstellt. Diese beschäftigt sich mit der Verbindung zwischen der ungleichen Aufteilung unbezahlter Sorgearbeit und geschlechtsbezogenen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt in Europa.

**Veranstaltungshinweis:** Das BMFSFJ plant am 28. Januar 2021 eine virtuelle Fachtagung zur Umsetzung der Ratsschlussfolgerungen zur gerechten Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern konkret für Deutschland. Diskutiert werden sollen schwerpunktmäßig die Themen „Anspruch auf mobiles Arbeiten“ und „Professionalisierung von haushaltsnahen Dienstleistungen“ als Lösungsansätze.

- Am 3. Dezember fand eine Videokonferenz der Formation „Beschäftigung und Sozialpolitik“ statt. Thema der Gleichstellungsministerinnen und -minister war insbesondere die Umsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie 2020–2025 und damit eine **gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt** zu fördern: [Berichtserstattung und wichtigste Ergebnisse](#) (de).
- Am 11. Dezember wurde eine [gemeinsame Erklärung](#) (en) der Ministerinnen und Minister des EPSCO-Rates zu dem Thema „**Armut und soziale Ausgrenzung überwinden – den Auswirkungen von COVID-19 auf Familien begegnen**“ veröffentlicht. Darin fordern 24 EU-Mitgliedstaaten die Europäische Union und seine Mitgliedstaaten auf entschieden gegen Kinderarmut vorzugehen und die Rechte von Kindern zu stärken. Die Erklärung soll eine langfristige europäische Strategie unterstützen, um die Armut von Kindern und Familien sowie die soziale Ausgrenzung zu verringern. Dabei sollen, erstens, Familien und Kinder, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, während der Coronavirus-Pandemie besonders in den Blick genommen werden. Zweitens wird die Ankündigung der Europäischen Kommission, Anfang 2021 einen Vorschlag für eine europäische [Kindergarantie](#) vorzulegen, begrüßt. Drittens soll die Europa 2030 Strategie um eine soziale Dimension ergänzt werden, die Kinderarmut mitberücksichtigt. Die gemeinsame Erklärung wurde auf Initiative der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vom derzeitigen Präsidentschaftstrio Portugal, Slowenien und Deutschland initiiert.
- Der **Ausschuss für Sozialschutz** (SPC), beratendes Gremium für den EPSCO-Rat, beschäftigt sich in seinem [jährlichen Bericht für 2020](#) (en) mit den wichtigsten sozialpolitischen Entwicklungen in den EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie. In einem [Anhang](#) (en) werden die Entwicklungen pro Mitgliedstaat dargestellt. Hier finden sich auch die aktuellen Daten zur [Europa 2020 Strategie](#) (de) und zu den Aktionsbereichen der [Empfehlung der Europäischen Kommission „Investitionen in Kinder. Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“](#) (de). In einem weiteren [Anhang](#) (en) werden zusätzlich die Tätigkeiten der Europäischen Sozialpartner und weiterer europäischer zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie aufgeführt.

#### 1.1.3.4 Rat der Europäischen Union für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

- Die Zielgruppe für die [europäische Jugendgarantie](#) (de) wird erweitert: Am 3. November wurde der entsprechende [Vorschlag der Kommission](#) (de) vom Rat der EU angenommen und somit die Altersgrenze von arbeitslosen oder nicht erwerbstätigen jungen Menschen von unter 25 auf unter 30 Jahre angehoben.
- Am 30. November fand eine Videokonferenz der Jugendministerinnen und –minister statt. Hauptthema war die Unterstützung auf EU-Ebene **für Jugendaustausch und grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeiten** sowie die Herausforderungen, vor denen Austausch nun durch die Coronavirus-Pandemie stehen: [Berichterstattung und wichtigste Ergebnisse](#) (de).

### 1.1.4 Europäisches Parlament

Im November und Dezember trat das Europäische Parlament dreimal zu Plenarsitzungen zusammen:

- 11.-13. November: [Tagesordnung](#) (de), [Zusammenfassung der Kernthemen](#) (en)
- 23.-26. November: [Tagesordnung](#) (de), [Zusammenfassung der Kernthemen](#) (en)
  - Am 25. November, dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, gaben die Europäische Kommission und der Rat Stellungnahmen im Parlament ab und diskutierten mit den Abgeordneten zu den Themen der **Istanbul-Konvention**, **Abtreibungsrechten in Polen** und der neuen **EU LSBTIQ-Gleichstellungsstrategie** ([Protokoll der Debatte](#); en).
- 14.-17. Dezember: [Tagesordnung](#) (de), [Schwerpunkte im Überblick](#) (de)
  - Nach der [Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen](#) im Europäischen Rat wurde der Entwurf zur Abstimmung an das Europäische Parlament weitergegeben. Die Abstimmung findet am 16. Dezember statt.

#### 1.1.4.1 Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM-Ausschuss)

- Der FEMM-Ausschuss hat am 13. November eine [Stellungnahme](#) (de) zu **Menschenrechten und Demokratie in der Welt** im Jahr 2019 und zur Politik der Europäischen Union in diesem Bereich veröffentlicht.
- Am 6. November wurde die Studie [The situation of single parents in the EU](#) (en) im Auftrag des FEMM-Ausschusses veröffentlicht. Diese untersucht die Situation von Alleinerziehenden in der EU, Island und Norwegen unter Berücksichtigung der Coronavirus-Pandemie und ihren Folgen.
- Am 30. Oktober hat der FEMM-Ausschuss eine [Stellungnahme](#) (de) zu einem **starken sozialen Europa für einen gerechten Übergang** veröffentlicht.

## 1.2 Instrumente

### 1.2.1 Kindergarantie

Ziel einer europaweiten [Kindergarantie \(en\)](#) ist die Bekämpfung von Kinderarmut durch die Gewährleistung des Zugangs aller Kinder in Europa zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen in fünf Bereichen: frühkindliche Bildung und Entwicklung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnen. Die Kindergarantie – wahrscheinlich in Form einer Ratsempfehlung – wird für das erste Quartal 2021 erwartet.

- Der aktuelle [Newsletter \(de/en\)](#) der **Beobachtungsstelle** stellt die Kindergarantie, eine europäische Idee zur Verringerung der Kinderarmut in Europa vor. Neben der europäischen Perspektive geht der Newsletter auch auf die zivilgesellschaftliche und nationale Perspektive, hier aus Sicht von französischen und italienischen Experten, ein.
- Im Rahmen des Europäischen Fachgesprächs zur Kindergarantie, welches am 29. September von der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. gemeinsam mit COFACE Families Europe durchgeführt wurde, wurde nun eine [Dokumentation \(de/en\)](#) veröffentlicht.

### 1.2.2 Europäisches Semester

Das Europäische Semester ist der Abstimmungszyklus der EU-Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Ausrichtung ihrer Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik an auf EU-Ebene jährlich vereinbarten Zielen und Regeln. Der Ablauf des Europäischen Semesters folgt immer derselben Logik: Siehe Infografiken zur [Aufgabenverteilung \(de\)](#) und [Zeitleiste \(en\)](#) des Europäischen Semesters.

- Die Europäische Kommission hat am 18. November das sogenannte **Herbstpaket** im Rahmen des Europäischen Semesters angenommen. Es umfasst die [Stellungnahmen der Kommission \(en\)](#) zu den Haushaltsplänen der Euro-Länder für 2021 und ihre politischen Empfehlungen für das Euro-Währungsgebiet: [Berichterstattung \(de\)](#) und [Fragen und Antworten \(de\)](#) zum vorgelegten Paket.

**Nächste Schritte:** Auf Aufforderung der Kommission werden die Euro-Gruppe und der Rat das Paket erörtern und die Leitlinien billigen. Die Kommission tritt außerdem in Dialog mit dem Europäischen Parlament.

- [Briefing \(en\)](#) des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments im Dezember zu den **Herausforderungen und Aufgaben des Europäischen Semesters in während der Coronavirus-Pandemie**.



## 2 Europarat

### 2.1 Deutscher Vorsitz im Ministerkomitee

Am 18. November hat Deutschland für ein halbes Jahr bis zum 21. Mai 2021 den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats übernommen: [Pressemitteilung](#) (en/fr). In die Zeit des deutschen Vorsitzes fällt zudem das 70. Jubiläum der Europäischen Menschenrechtskonvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Aus diesem Grund ist eine der Hauptprioritäten des deutschen Vorsitzes die Umsetzung der Rechte und Pflichten der Menschenrechtskonvention zu fördern und die Instrumente des Europarats in diesem Bereich zu stärken.

- [Offizieller Internetauftritt](#) (en/de/fr/it/ru) des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats
- [Webseite](#) (de/fr) der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat; [Informationsdokument](#) (de): Prioritäten des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates (November 2020 – Mai 2021)
- [Briefing](#) (de) der Bundesregierung zu den Hintergründen: Was macht der Europarat? Wie funktioniert die Arbeit im Ministerkomitee?
- [Schwerpunkte und Aktivitäten des BMFSFJ](#) (de) im Rahmen des Vorsitzes im Ministerkomitee

## 3 Aktuelle Themen

### 3.1 Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen

- Die **OECD** hat am 25. November das [Centre on Well-being, Inclusion, Sustainability and Equal Opportunity](#) (WISE, en) eröffnet. Ziel des Zentrums ist es, das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, insbesondere bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie, aber auch auf längerfristig ausgelegte Ziele beispielsweise im Rahmen der UN Agenda 2030 ([Mission](#), en).

### 3.2 Kinder & Jugend

- **Eurostat** hat im Oktober aktuelle Zahlen zu [Kinderarmut in Europa](#) (en) veröffentlicht: 22,5 Prozent der Kinder – also nahezu ein Viertel – waren 2019 von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Davon am stärksten in Rumänien (35,8 %) und Bulgarien (33,9 %), wohingegen Kinder in Slowenien (11,7 %) und Tschechien (13 %) am wenigsten von Armut bedroht waren. Deutschland liegt im europäischen Vergleich an fünfter Stelle (15 %) und damit unterhalb des Durchschnitts in der EU-27 (22,5 %).
- Die **Europäische Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik** haben am 19. November zum Weltkindertag eine [gemeinsame Erklärung](#) (de) abgegeben.



- **Eurochild** hat vom 18.–20. November die Online-Serie [Putting Children at the heart of Europe's Recovery](#) (en) durchgeführt, um eine Kinderrechtsperspektive in die Reaktion Europas auf die Coronavirus-Pandemie einzubringen. Im Rahmen der Veranstaltung wurde außerdem der Bericht [Growing up in lockdown: Europe's children in the age of COVID-19](#) (en) veröffentlicht. Dieser befasst sich mit den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf Kinder in Europa und gibt darüber hinaus politische Empfehlungen für eine verbesserte Unterstützung von Kindern und Familien. Die im Bericht zusammengestellten Informationen wurden im August und September 2020 in 25 Ländern Europas gesammelt.
- **UNICEF Innocenti** hat die Studie [Beyond Masks: Societal impacts of COVID-19 and accelerated solutions for children and adolescents](#) (en) veröffentlicht. Diese bietet einen Überblick zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie und zu früheren Krisen sowie zu schnellstmöglichen Lösungen zur Minderung der Auswirkungen. Die Studie wurde im Rahmen einer [digitalen Veranstaltung](#) (en) am 19. November vorgestellt.
- Eine weitere Studie von **UNICEF Innocenti** [Supporting Families and Children Beyond COVID-19: Social Protection in High Income Countries](#) (en) rechnet damit, dass die Kinderarmut in Ländern mit hohem Einkommen mindestens fünf Jahre lang über dem Niveau von vor der Coronavirus-Pandemie bleiben wird. Die Studie stellt auch fest, dass während der ersten Welle der Pandemie in den OECD- und EU-Ländern nur zwei Prozent der von der Regierung bereitgestellten finanziellen Unterstützung speziell für Kinder und Familien verwendet wurde.
- Die Studie [Making Prevention Work – Preventive structures and policies for children, youth and families](#) (en) der **Bertelsmann Stiftung** untersucht erfolgreiche präventive Maßnahmen zur Unterstützung benachteiligter Kinder und Familien in Not. Die länderübergreifende Forschung ist Teil der Initiative ["Kein Kind zurücklassen! Kommunen schaffen Chancen"](#) und zeigt die Präventionsstrukturen und -politiken für Kinder, Jugendliche und Familien in 12 europäischen Ländern auf. Dadurch soll die Studie eine Grundlage für die Entwicklung präventiver Politiken in ganz Europa schaffen.
- Die Ergebnisse und Erkenntnisse der globalen Umfrage [CovidUnder19](#) (en, fr, es) wurden während einer virtuellen Veranstaltung am 9. Dezember 2020 bekannt gegeben. **CovidUnder19** ist eine von Kindern und Jugendlichen geleitete [Initiative](#) mit dem Ziel die Auswirkungen der Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen zu verstehen.
- **COFACE Families Europe** hat am 20. November den [Child Compass 2030: For a Europe which invests in shaping a healthy society, environment and economy fit for children](#) (en) veröffentlicht. Dieser enthält eine umfassende, ganzheitliche und langfristige Strategie für die Entwicklung einer zeitgemäßen Politik zur Unterstützung von Kindern und ihren Familien. Die Bereiche Bildung, Gemeinschaft, digitale Technologie, Wirtschaft und Umwelt werden als prioritäre Einflussfaktoren für die Gesundheit und das Wohlergehen von Kindern und ihren Familien identifiziert. Der Kompass dient als

konzeptioneller Rahmen, der Kinder und ihre Familien in den Mittelpunkt dieser Bereiche stellt und damit einen ganzheitlichen Zwei-Generationen-Ansatz verfolgt.

- Auf der Generalversammlung vom 20.-22. November hat das **European Youth Forum** ein [Policy Paper](#) (en) zum Thema „Quality Youth Participation and Representation in Institutions“ angenommen.
- Der **wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** hat im Dezember ein [Briefing](#) (en) mit dem Thema „Next generation or lost generation? Children, young people and the pandemic“ veröffentlicht.
- **Hör Tipp:** Das **Statistische Bundesamt** hat im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine [Podcast](#) (en, Audioskript de) mit Jana Hainsworth von Eurochild zum Thema Kinderarmut und der Kindergarantie veröffentlicht.

### 3.3 Ältere Menschen & Pflege

- Am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, hat die **AGE Platform Europe** ein kurzes [Briefing](#) (en) „What is a rights-based approach to ageing?“ veröffentlicht.
- Die **AGE Platform Europe** hat in einem [Special Briefing](#) (en) das Thema **Digitalisierung und ältere Menschen**, besonders mit Blick auf COVID-19, in den Fokus genommen und dazu aktuelle Studien und vergangene sowie zukünftige politische Vorhaben und Entwicklungen zusammengefasst.
- Vom 30. November bis 4. Dezember organisierten die **AGE Platform Europe**, **Eurocities** und die **WHO** eine digitale Konferenz zum Thema „Adapting European Cities to Population Ageing. Policy Challenges and Best Practices“. Bei der Konferenz sprach auch Dubravka Šuica, Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie der EU-Kommission ([Programm](#), en). Einige Reden der Konferenz stehen auf der [Veranstaltungsw Webseite](#), zusätzlich wurde im Rahmen des Projektes ein [Policy Handbook](#) (en) „Supporting the WHO's decade of healthy and inclusive urban ageing“ erstellt.
- Das **Centre for Ageing Better** in Großbritannien hat den Report „**An old age problem? How society shapes and reinforces negative attitudes towards ageing**“ veröffentlicht. Der Report zeigt, dass sich negative Stereotype gegenüber älteren Menschen und dem Altern sowohl in Medien, Politik, Werbung als auch in gemeinnützigen Organisationen etabliert haben ([Report](#), en, [Infographiken](#), en).
- Die **Europäische Kommission** hat einen [Report](#) (en) zu Diskriminierung ältere Menschen veröffentlicht, der speziell Diskriminierung außerhalb der Arbeitswelt in den Blick nimmt. Die Charta der Grundrechte und die EU Richtlinie im Bereich Beschäftigung reichten demnach nicht aus, um ältere Menschen außerhalb der Arbeitswelt vor Diskriminierung zu schützen. Eine neue umfassendere EU Richtlinie sei nötig.
- **Eurocarers**, der europäische Interessenverband informell Pflegender, hat eine [Umfrage](#) (en) zu den Folgen von COVID-19 auf informell Pflegende gestartet. Die Umfrage läuft bis zum 15. Januar.

- Die **Europäische Kommission** und die **OECD** haben den Report [Health at a Glance](#) (en) veröffentlicht, in dem auch die Situation und die gesundheitlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie für ältere Menschen behandelt werden.

### 3.4 Gleichstellung

- Das **Europäische Institut für Gleichstellungsfragen** (EIGE) hat die Studie [Benefits of gender equality through infrastructure provision: an EU-wide survey](#) veröffentlicht. Diese beschäftigt sich EU-weit mit Genderaspekten im Zusammenhang mit Infrastrukturen.
- Der **Europäische Tag des gleichen Entgelts** markiert den Tag, an dem Frauen symbolisch aufhören, für die gleiche Arbeit im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen bezahlt zu werden. In diesem Jahr fällt dieser Tag auf den 10. November.
  - [Erklärung](#) (de/en) der Kommissionsvizepräsidentin Jourová und der Kommissionsmitglieder Schmit und Dalli zum Europäischen Tag der Lohngleichheit
  - [Factsheet](#) (en) der Europäischen Kommission „Equal Pay? Time to close the gap!“ zum Gender Pay Gap in den Ländern der Europäischen Union.
  - [Briefing](#) (en) des **wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments** zur europäischen Gleichstellungsstrategie und verbindlichen Maßnahmen zur Lohntransparenz, veröffentlicht im November.
- **Veranstaltungshinweis:** Am 21. Januar 2021 veranstaltet das **Gunda-Werner-Institut** die Online-Veranstaltung „StreitWert: Gleichstellungsprojekt Europa - großer Wurf oder herbe Enttäuschung?“ ([Anmeldung und Programm](#), de). Die Diskussion dreht sich um geschlechter- und gleichstellungspolitische Vorhaben, die die EU-Kommission und die deutsche Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 angeschoben haben.

### 3.5 Gewalt gegen Frauen

- Zwischen dem 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, und dem 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, finden die jährlichen **16 Days of Activism against Gender-based Violence** statt. Zum diesjährigen Thema „Orange The World: Fund, Respond, Prevent, Collect“ der UN-Kampagne erstrahlen weltweit Gebäude in oranger Farbe, um ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Die [Europäische Kommission](#) (en), das [Europäische Parlament](#) (en) und der [Europarat](#) (en) veröffentlichten entsprechende Stellungnahmen.

Dieses Jahr steht bei der Kampagne auch das durch die Coronavirus-Pandemie noch weiter gestiegene Risiko von Gewalt gegen Frauen und Maßnahmen zu deren Bekämpfung im Fokus:

- [Studien](#) (en) von **EIGE** zeigen, dass alle EU Staaten nationale Maßnahmen im Kontext der Pandemie implementiert haben, um Frauen vor häuslicher Gewalt zu schützen. Jedoch sind unter anderem die unzureichende Finanzierung von Schutzunterkünften und Hilfenummern weiterhin ein Problem.

- Auch ein [Report](#) (en) von **UN Women** hat nationale Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Rahmen der Coronavirus-Pandemie zusammengetragen. Es liegen nationale Berichte aus Belgien, Deutschland, Österreich, Portugal, Schweden und Slowenien vor.
- Der **wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** (EPRS) hat im November ein Überblickspapier ([de/en](#)) zur Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen veröffentlicht. Des Weiteren wurde ein Briefing ([de/en](#)) zum aktuellen Stand der politischen Maßnahmen auf EU-Ebene zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen herausgegeben.
- Auf der Generalversammlung vom 20.-22. November hat das **European Youth Forum** eine [Entschließung](#) (en) zu geschlechtsbezogener Gewalt mit besonderem Fokus auf jungen Frauen angenommen.

### 3.6 LGBTI

- Veröffentlichung der ersten **LSBTIQ-Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission** am 13. November: siehe [hier](#).
- **ILGA World** hat seit November einen [Podcast](#) (en). Unter dem Titel „Making Rainbow Waves“ berichten LGBTI Aktivist\*innen weltweit über ihre Arbeit und ihr Leben.
- Das **Rainbow Cities Network** hat für das Jahr 2020 eine [Übersicht](#) (en) an best practices aus den Mitgliedsstädten veröffentlicht. Die „one-pagers“ geben einen Einblick in die Arbeit des internationalen Netzwerks und fördert das gegenseitige Lernen.
- Der **wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** (EPRS) hat im November ein aktualisiertes [Briefing](#) (en) zu den Rechten von LSBTI-Personen in der Europäischen Union herausgegeben.

### 3.7 Familie & Vereinbarkeit

- Der **wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** (EPRS) hat die Studie [After parental leave: Incentives for parents with young children to return to the labour market](#) (en) veröffentlicht. Darin werden Anreize zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt nach der Elternzeit und mögliche Maßnahmen auf EU-Ebene behandelt.

### 3.8 UN Agenda 2030 / SDGs

- Der von der **UN** veröffentlichte [Sustainable Development Goals Report 2020](#) (en) gibt einen Überblick über Fortschritte in Bezug auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) vor und während der Coronavirus-Pandemie, insbesondere auf [SDG 5 Gender Equality](#).